

Die Krise um den Irak: Regierung in Athen beklagt die Zerrissenheit der Europäer und lädt zum Vermittlungsgespräch ein

Putin im Zweifel mit den USA

Von Daniel Brössler

München – Für Wladimir Putin war es am Montag ein kurzer Weg. Der russische Präsident flog von Berlin nach Paris; beides Hauptstädte, die, glaubt man deutschen Beteuerungen, politisch engstens beisammen liegen. Zwar blieb auch am Montag unklar, ob es einen deutsch-französischen Irak-Plan gibt und was er genau beinhaltet. Putin hindert das offenbar aber nicht daran, dafür zu sein. Die Positionen aller drei Länder seien „dem Sinne nach übereinstimmend“ hatte Putin nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in Berlin versichert. Tatsächlich macht sich Russland ähnlich wie Deutschland und Frankreich für eine friedliche Lösung stark. Es lag nahe, dass Putin sich auch in seinem Gespräch mit Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac in diesem Sinne äußern würde. In Telefongesprächen in der vergangenen Woche waren sich die beiden Präsidenten einig darin, dass eine diplomatische Lösung gesucht werden müsse. Man stimme nicht mehr nur Positionen ab, sondern auch Handlungen, vermerkte die Nachrichtenagentur Ria-Nowosti.

Einen möglichen Alleingang der USA gegen den Irak nannte Putin in einem Interview des französischen Fernsehens einen „schweren Fehler“. Vor seinem dreitägigen Staatsbesuch in Frankreich machte Putin aber auch klar, was er von einer deutsch-französisch-russischen Front gegen die USA hält: nichts. Vom Sender France 3 befragt, ob diese drei Länder nicht ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten bilden könnten, sagte er: „Das ist eines der schlimmsten Szenarios für die Entwicklung der Welt. Es wäre schlecht für die Vereinigten Staaten, und es wäre schlecht für Europa.“ Angesichts zahlreicher Gefahren müssten die Kräfte gebündelt und nicht geteilt werden.

Schon seit längerer Zeit ist Putins Außenpolitik geprägt vom engen Schulterschluss mit Washington. Gleich nach dem 11. September schrieb sich Putin ein in Amerikas Anti-Terror-Allianz. Es spricht wenig dafür, dass er wegen des Konflikts über das richtige Vorgehen gegen Saddam die enge Kooperation mit den USA aufs Spiel setzen würde. Anders als Deutschland, aber ganz ähnlich wie Frankreich hat Russland bisher eine allzu eindeutige Festlegung vermieden.



Wladimir Putin, im Hintergrund Kanzler Schröder mit seiner Frau. ddp

Eine Militäraktion gegen den Irak könnte nicht ausgeschlossen werden, räumte Verteidigungsminister Sergej Iwanow während der Münchner Konferenz zur Sicherheitspolitik ein.

Ohnehin ähnelt die Lage Russlands in der Irak-Krise viel mehr der Frankreichs als jener Deutschlands. Beide Länder sind Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, und beide Länder verfolgen im Irak erhebliche wirtschaftliche Interessen, vor allem auf dem Ölsektor. Bei jeder Entscheidung, auch bei der über eine mögliche neue UN-Resolution, werden sie diese bedenken. Die Amerikaner tragen dem Rechnung. „Dieses Thema ist diskutiert worden, und wir haben Russland versichert, dass seine ökonomischen Interessen beim Wiederaufbau der Wirtschaft im Nachkriegs-Irak berücksichtigt werden“, sagte der US-Botschafter in Moskau, Alexander Vershbow, in einem am Montag erschienenen Interview mit der Zeitung *Nesawissmaja Gasjeta*.



Irakische Scheichs sagen in einem zerstörten Bagdader Bunker Koranverse auf. Der Al-Ameriya-Bunker war während des Golf-Kriegs im Februar 1991 von zwei amerikanischen Raketen getroffen worden, dabei sollen mehr als 400 Menschen gestorben sein. Der zerstörte Bunker wurde bis heute nicht repariert, er dient als Gedenkstätte. Foto: dpa

Griechen organisieren EU-Sondergipfel

Staats- und Regierungschefs sollen kommende Woche um gemeinsame Linie in der Irak-Frage ringen

Von Cornelia Bolesch

Brüssel – Die griechische EU-Ratspräsidentschaft unternimmt einen letzten Versuch, um eine einheitliche europäische Position zu dem drohenden Krieg gegen den Irak auszuarbeiten. Der griechische Außenminister Georgios Papandreu gab bekannt, man werde in der kommenden Woche nach dem geplanten zweiten Bericht der UN-Waffeninspektoren vor dem UN-Sicherheitsrat sowohl die EU-Außenminister als auch die Staats- und Regierungschefs nach Brüssel zu einem Sondergipfeltreffen einladen.

Ein Sprecher der griechischen EU-Vertretung in Brüssel sagte der *Süddeutschen Zeitung*, dass auf dem Gipfel auch eine Analyse der Situation im Nahen Osten auf der Tagesordnung stehen werde.

Die griechische Regierung will offenbar noch einmal die möglichen Konsequenzen eines Kriegs für die Stabilität in dieser Region ins Bewusstsein rufen. „Wir erwarten, dass alle da sein werden“, sagte Papandreu. Als Termin für den Sondergipfel wurde der kommende Montag genannt, aber zunächst nicht offiziell bestätigt. Die Abstimmung mit den 15 Regierungen lief am Montag noch. Ein Sprecher der britischen EU-Vertretung in Brüssel schloss auf Anfrage der SZ nicht aus, dass der britische Premier bei einer so kurzfristigen Einberufung „Terminschwierigkeiten“ haben könnte.

Dass es dem Sondergipfel gelingen könnte, alle EU-Regierungen noch auf eine friedliche Lösung des Irak-Konflikts zu verpflichten, wird von Beobachtern in Brüssel als nicht sehr realistisch angesehen.

Auch die EU-Außenminister, die am 27. Januar noch eine gemeinsame Resolution zu Stande brachten, konnten sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, indem sie die Bedeutung der Waffeninspektionen hervorhoben sowie die Notwendigkeit einer Kooperation des Irak. Wenige Tage danach überraschten fünf EU-Staaten (Großbritannien, Portugal, Spanien, Italien und Dänemark) und die Kandidatenländer Polen, Ungarn und Tschechien mit einer öffentlichen Solidaritätsadresse an die USA. Zuvor waren allerdings schon Bundeskanzler Schröder und Frankreichs Staatspräsident Chirac vorgeprescht und hatten sich vehement gegen einen Krieg gewandt (Chirac allerdings, anders als Schröder, nicht bedingungslos). Für die Griechen als derzeitige EU-Füh-

rer ist diese europäische Zerrissenheit inzwischen verantwortlich für eine tiefe „transatlantische Krise“ zwischen Europa und den USA.

Ein Sprecher der EU-Kommission begrüßte den Vorstoß zu einem Sondergipfel. Kommissionspräsident Romano Prodi sieht in einem Interview in der *Corriere della Sera* sogar „eine Front, die sich in Richtung Frieden entwickelt“. Er spielte damit auf Informationen über neue deutsch-französische Pläne für eine Friedensmission im Irak an. Ohne eine gemeinsame Position der Europäer, so Prodi, könne es nirgends in der Welt eine friedliche Entwicklung geben. Dabei sei die Haltung der sechs Gründerstaaten der EU besonders wichtig. Gemeint sind Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande.

Ein bisschen Optimismus

Chefinspektoren rechnen mit weiteren Unterlagen aus Bagdad

Bagdad – Vor ihrem möglicherweise entscheidenden Bericht vor dem Sicherheitsrat am kommenden Freitag haben die UN-Chefinspektoren zu mehr Geduld im Irak-Konflikt aufgerufen. Ein Krieg würde das Scheitern ihrer Bemühungen bedeuten, sagten Hans Blix und Mohammed el-Baradei. Die Chefinspektoren sprachen nach zweitägigen Unterredungen in Bagdad von einer größeren Kooperationsbereitschaft der Führung des Irak. Es müsse eingesehen werden, „dass Inspektionen ihre Zeit brauchen“, sagte el-Baradei, der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

Die beiden Chefinspektoren erhielten in Bagdad weitere Dokumente über den Verbleib biologischer und chemischer Kampfstoffe, die bei früheren Inspektionen entdeckt worden waren. Unter anderem seien Dokumente zu Milzbrand, VX-Nervengas und ballistischen Raketen übergeben worden, erklärte Blix. Die irakische Regierung habe außerdem die Bildung eines Komitees angekündigt, das nach weiteren Dokumenten suchen solle. „Wir haben über die Notwendigkeit der Luftaufklärung gesprochen“, fügte Blix hinzu. Irak habe dazu eine Antwort vor Freitag versprochen.

„Wir brechen von hier mit dem Gefühl von vorsichtigem Optimismus auf“, sagte el-Baradei. „Wir haben den Irakern klar gemacht, dass wir schnelle Fortschritte und dramatische Veränderungen brauchen.“ Er sehe dabei „den Anfang eines irakischen Sinneswandels“. Blix sprach von einem „guten Beginn“ und einer geänderten „positiven Haltung“ der irakischen Führung. Er wies abermals auf die Kosten eines Krieges hin. Diese müssten auf mehr als 100 Milliarden Dollar und den Einsatz von 200 000 Soldaten geschätzt werden. Die UN-Inspektionen kosteten hingegen bei einem Einsatz von 200 Experten nur 80 Millionen Dollar im Jahr. Es wäre zudem paradox, meinte Blix, wenn ein folgenreicher Krieg geführt würde, an dessen Ende man feststellen müsste, dass es im Irak – wenn überhaupt – nur wenige Massenvernichtungswaffen gegeben habe.

Die beiden Chefinspektoren waren am vergangenen Wochenende zu mehreren Gesprächsrunden mit einer irakischen Delegation unter Leitung des Präsidentenberater Amer el Saadi zusammengekommen. Zudem führte sie Gespräche mit dem irakischen Vizepräsidenten Taha Jassin Ramadan. (AP/Reuters)

In päpstlicher Mission

Kardinal Etchegaray soll Saddam zur Vernunft bringen

Von Christiane Kohl

Rom – Als päpstlicher Sondergesandter ist der französische Kurienkardinal Roger Etchegaray am Montag von Rom aus zu Gesprächen mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein in Bagdad aufgebrochen. Etchegaray reiste zunächst über Paris nach Amman, von wo der 80 Jahre alte Kirchenmann am heutigen Dienstag im Auto nach Bagdad weiter fahren will. Der Kardinal, der einst Leiter des päpstlichen Menschenrechtswerks „Justitia et Pax“ war und inzwischen pensioniert ist, wird vom Nahost-Referenten des Staatssekretariats im Vatikan, Monsignore Marco Coppola, begleitet. Sinn der Mission, so erklärte Vatikan-Sprecher Joaquin Navarro-Valls in Rom, sei es, „für alle das entschlossene Eintreten des Papstes für den Frieden zu demonstrieren“ und den irakischen Diktator zur internationalen Zusammenarbeit zu bewegen.

Zu diesem Zweck führt der Kardinal ein persönliches Beglaubigungsschreiben des Papstes mit sich, das ihn für die Gespräche mit dem Diktator autorisiert. Die Mission Etchegarays steht im Zusammenhang mit intensiven Bemühungen des Heiligen Stuhls um eine friedliche Lö-

sung für den Irak. So wird der Papst am kommenden Freitag den irakischen Vize-Ministerpräsidenten Tarik Aziz empfangen, am 18. Februar wird UN-Generalsekretär Kofi Annan im Vatikan erwartet. Gerüchte, wonach Johannes Paul II. auch einen vatikanischen Emissär zu US-Präsident George W. Bush entsenden könnte, etwa den Kurienkardinal und langjährigen US-Nuntius Pio Laghi, wurden allerdings von Vatikan-Sprecher Navarro-Valls dementiert.

Über eine mögliche Reise von Etchegaray nach Bagdad war bereits seit Wochen spekuliert worden. Allerdings hat sich der Papst offenbar erst nach dem Besuch des deutschen Außenministers Joschka Fischer in Rom sowie unter dem Eindruck einer sich stärker formierenden kritikreichen Allianz zwischen Frankreich, Deutschland und Russland zu der Entsendung des Kardinals entschlossen. Etchegaray berichtete am Montag in einem Interview, Johannes Paul II. sei in seinem letzten Gespräch mit ihm „besorgt, aber nicht resigniert“ gewesen. Der Kardinal selbst bezeichnete einen möglichen Krieg gegen den Irak als „Katastrophe unter allen möglichen Aspekten“. (Seite 4)

US-Truppe in Kuwait einsatzbereit

Camp Virginia/Kuwait (AP) – Die Vorbereitungen der amerikanischen Streitkräfte in Kuwait auf einen möglichen Einmarsch in den Irak sind weitgehend abgeschlossen. „Wenn der Oberbefehlshaber den Befehl gibt, müssen wir auf nichts mehr warten“, sagte der Sprecher des 6. Transportbataillons, Larry Stevens. Wie viele US-Soldaten bisher in Kuwait stationiert wurden, ist nicht genau bekannt. Der gesamte Norden des Emirats wurde zum Militärgelände erklärt und für den zivilen Verkehr gesperrt.

In der Golfregion insgesamt befinden sich inzwischen 113 000 amerikanische Soldaten, deren Zahl bis Ende dieser Woche auf 150 000 steigen soll. Hinzu kommen 35 000 britische Soldaten. „Wir platzen aus den Nähten“, sagte der Kommandeur des Transportbataillons, Oberleutnant Jeffrey Helmick. Seine Truppen befördern Tonnen von militärischem Material zu abgelegenen Wüstenstützpunkten nahe der Grenze zum Irak. Die Truppen treffen in der Regel am Bord von Frachtflugzeugen oder mit Maschinen kommerzieller Gesellschaften, die von den US-Streitkräften gechartert wurden, in Kuwait ein.

In Kuwait sind auch 59 Bundeswehrosoldaten stationiert, die im Rahmen des Anti-Terror-Einsatzes „Enduring Freedom“ entsandt worden waren. Sie sind mit sechs Spürpanzern vom Typ *Fuchs* ausgerüstet und auf die Abwehr von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen spezialisiert. Ihren Stützpunkt haben die deutschen Soldaten gemeinsam mit amerikanischen und tschechischen Truppen in Camp Doha, etwa hundert Kilometer von der irakischen Grenze entfernt.

USA: Betäubungsgas im Krieg angemessen

Washington (AFP) – Die USA wollen bei einem möglichen Krieg gegen den Irak auch nicht tödliche Chemiewaffen einsetzen. Im Pentagon würden dazu entsprechende Anweisungen für die Soldaten erarbeitet, sagte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld kürzlich vor dem Verteidigungsausschuss des Abgeordnetenhauses in Washington. Internationale Verträge und Gesetze machten den Einsatz solcher Kampfgase aber „sehr kompliziert“, räumte Rumsfeld ein. Dabei sei Betäubungsgas in bestimmten Situationen etwa zum Schutz der Leben von Zivilisten „absolut angemessen“, sagte der Verteidigungsminister. Die international Chemiewaffen-Konvention verbietet den Einsatz auch von nicht tödlichem Kampfgas im Krieg. Experten des Nationalen Wissenschaftsrates hatten der US-Regierung vergangenen November empfohlen, angesichts der Verwicklung der US-Streitkräfte in mögliche Häuserkämpfe die Entwicklung nicht tödlicher Waffen voranzutreiben. Regierungsunabhängige Organisationen drängten Washington dagegen wiederholt zum Stopp der Forschung an bewusstseinsverändernden Mitteln („calmatives“) sowie Krämpfe auslösenden Stoffen („convulsants“).

China zieht Personal aus dem Irak ab

Peking (AP) – Angesichts der steigenden Kriegsgefahr zieht Chinas Regierung ihr Botschaftspersonal aus dem Irak ab. Eine Sprecherin des Außenministeriums in Peking, Zhang Qiyue, wurde am Montag von der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua mit den Worten zitiert, die Regierung habe den Rückruf aller nicht dringenden erforderlichen Mitarbeiter beschlossen. Die Entscheidung sei wegen der zunehmenden Spannungen im Irak erfolgt, fügte sie hinzu, ohne weitere Einzelheiten zu nennen. China, als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einem Vetorecht ausgestattet, hat wiederholt betont, eine diplomatische Lösung des Konflikts um die Abrüstung Iraks zu bevorzugen. Ein Krieg, wie er von den USA nicht ausgeschlossen wird, würde der Weltwirtschaft Schaden und sollte deshalb vermieden werden.

US-Zoll sucht in Hamburg nach brisanter Ladung

Hamburg – Fünf Inspektoren der US-Zollverwaltung haben am Montag einen Einsatz zur Terrorbekämpfung im Hamburger Hafen begonnen. Wie ein Sprecher des Hamburger Zolls erklärte, sollen die amerikanischen Beamten gemeinsam mit dem deutschen Zoll Container mit möglicherweise brisanter Ladung aufspüren und mit Röntgenanlagen überprüfen, bevor die Behälter in die USA verschifft werden. Damit wolle die Zollverwaltung der USA verhindern, dass Waffen, Ausrüstung oder Terroristen auf dem Seeweg in die Vereinigten Staaten eingeschleust werden. Hoheitsrechte wie das Öffnen von Containern dürften aber weiterhin nur die deutschen Zollner ausüben. Das Team aus den USA soll laut Zoll zunächst für sechs Monate im Hamburger Hafen arbeiten. Der Einsatz geht auf eine Grundsatzklärung zur verstärkten Kooperation zwischen der US-Zollverwaltung und verschiedenen europäischen Zollbehörden nach den Anschlägen vom 11. September zurück. In diesem Abkommen war auch vereinbart worden, US-Beamte in europäischen Häfen einzusetzen. Auch in Bremerhaven hatte am 3. Februar ein Team des US-Zolls seine Arbeit aufgenommen. (AFP)

Blair: Im Irak brutalste Diktatur der Welt

Paris (AFP) – Die irakische Regierung von Saddam Hussein ist nach Ansicht des britischen Premierministers Tony Blair die „brutalste und tyrannischste Diktatur in der Welt“. Diese Stellung habe Irak „seit dem Sturz der Taliban“ in Afghanistan, heißt es in einem Beitrag Blairs für die Pariser Zeitung *Le Monde*. Blair bekräftigt darin seinen Willen, einen „dritten Weg“ zwischen linker und rechter Politik zu gehen. Zur Irak-Krise erklärt der Chef der britischen Labour-Partei, er habe kein Verständnis dafür, wenn Linke über das Ende Saddam Husseins „Tränen vergießen würden“. Unter dessen Regierung habe in erster Linie die irakische Bevölkerung zu leiden. Bereits im Kosovo- und im Afghanistan-Krieg „haben wir unsere Bereitschaft gezeigt, zur Verteidigung unserer Werte eine Militäraktion zu starten“, heißt es weiter. Über die Zerstörung von Massenvernichtungswaffen und den Kampf gegen den Terrorismus hinaus müsse „die Perspektive erweitert werden“, so dass „ebenso große Anstrengungen“ auch für einen Frieden im Nahen Osten unternommen würden. Für Blair gehört dies ebenso wie ein Schuldenerlass für die Diktatur zu einer „modernen Sozialdemokratie“.

Pressetour ins Land des Terrors

USA beschuldigen Kurden im Nordirak, eine Gifffabrik zu betreiben – jetzt durften Reporter das Areal besuchen

Von Nicolas Richter

München – Ein schabiges Kasernengelände im Norden des Irak ist in den Mittelpunkt der internationalen Terrorismus-Debatte gerückt. US-Außenminister Colin Powell persönlich stellte das weithin unbekannt Areal der Welt vor, als er im Sicherheitsrat ein Satellitenfoto der Anlage mit der Überschrift präsentierte: „Terroristische Gift- und Sprengstoff-Fabrik, Churmal“. Nach Darstellung der US-Regierung wurde die angebliche Gifffabrik von dem Al-Qaida-Mann Abu Mussab al-Zarqawi aufgebaut, sie werde betrieben von Kämpfern der kurdischen Terrorgruppe Ansar El Islam, welche die Region kontrolliere. Dies geschehe mit der Billigung des irakischen Regimes.

Die kurdische Terroristengruppe ging sofort in die Gegenoffensive und lud ein paar Reporter auf das Gelände. Die *New York Times* fand einen „völlig unbeeindruckenden Ort“ vor, mit ein paar primitiven Gebäuden, die für industrielle Zwecke ungeeignet seien. Es gebe keine sanitären Anlagen und nur wenig Strom von einem Generator. Die britische *Guardian* mokierte sich über die „verfallene An-

sammlung von Betonbauten“. Der Reporter notierte hämisch, dass er in der Küche nichts weiter als eine „zerhackte Tomate“ gefunden habe und eine Kalaschnikow. Der NYT-Reporter bemerkte allerdings, verdächtiges Material sei möglicherweise vor dem Pressebesuch fortgeschafft worden, möglicherweise hätten die Hausherrn sogar zur Tarnung harmloses Mobiliar wie etwa eine Babywiege aufgestellt. Zudem hatten die Reporter nicht zu allen Bereichen Zugang. In deutschen Sicherheitskreisen wird vermutet, dass die Reporter in die Irre geführt wurden – womöglich sei ihnen ein ganz anderes Gelände gezeigt worden als das von Powell genannte.

Fest steht damit, dass die Argumente beider Seiten mehr der Öffentlichkeitsarbeit denn der Wahrheitsfindung dienen – weder hat Powell bewiesen, dass in den baufälligen Einrichtungen Massenvernichtungswaffen entstehen, noch hat die örtliche Gruppe namens Ansar El Islam bewiesen, dass sie unschuldig ist. Der Führer der extremistischen Kurdengruppe, die mordend gegen die kurdische Opposition vorgeht, beteuerte jedenfalls in mehreren Interviews, dass er nicht, wie



von den USA angedeutet, mit dem Irak kooperiere. Dem *Guardian* sagte Anführer Mullah Krekar: „Ich bin gegen Saddam Hussein. Ich will, dass der Irak zu einem islamischen Regime wird.“ Unterdessen werden immer mehr Zweifel an der Behauptung Powells laut, der Irak arbeite mit dem mutmaßlichen

Terroristen Abu Mussab al-Zarqawi zusammen. Powell hatte ihn als Bindeglied zwischen Saddam Hussein und dem Al-Qaida-Führer Osama bin Laden dargestellt. Al-Zarqawi habe nach der Vertreibung aus Afghanistan nicht nur mit Billigung Bagdads das Giftlager im Nordirak aufgebaut, er habe sich im Mai 2002 auch in die irakische Hauptstadt begeben, um sich medizinisch behandeln zu lassen. Bagdad sei inzwischen der Stützpunkt einer Zelle, die von al-Zarqawi geleitet werde und weit über die irakischen Grenzen hinaus operiere. US-Sicherheitsexperten wiesen in der *New York Times* darauf hin, dass weder Washington noch London Beweise dafür vorgelegt hätten, dass Bagdad sich mit al-Qaida eingelassen habe. Auch in deutschen Sicherheitskreisen wird an dieser Verbindung gezweifelt. Deutsche Behörden beschäftigen sich schon lange mit al-Zarqawi, weil er Kopf der deutschen Al-Tawhid-Zelle war, die von der Bundesanwaltschaft zerschlagen wurde. Er wurde deswegen über lange Zeit abgehört. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat bislang keine Zusammenkünfte des Irak mit al-Qaida feststellen können.